dafür hat der 15. Bundesparteitag der CDU in Braunschweig einen Anschauungsunterricht geliefert den kein Anhänger dieser Partei übersehen sollte.

Bis zum Herbst 1968 soll die Notstandsverfassung perfektioniert werden; damit wäre der Notstand der Demokratie und des Grundgesetzes perfekt. Das Gebäude verfallender demokratischer Rechte steht auf Abriß. Damit wird in Westdeutschland eine offene Militärdiktatur wie in Griechenland vorbereitet. Bei der Strafrechtsreform betätigen sich an den antisemitischen Nürnberger Gesetzen geschulte Juristen als «Reformer". Ein Wahlrechtsänderungsgesetz soll die bestehenden Zustände unabänderlich machen. Dem Parlament etwa noch verbleibende Vollmachten gehen de facto auf eine im Bundeskanzleramt zentralisierte Ministerialbürokratie über. Die innere Staatsreform präsentiert sich als Staatsräson, der sich alles und jeder bedingungslos zu unterwerfen hat. Zugleich greift man zur giftigen Droge der geistigen Manipulierung der Menschen, mit der das Volk durch das verderbliche Wirken der westdeutschen Meinungsfabriken gegen seine eigenen Interessen in Unwissenheit und untertänigem Gehorsam gehalten werden soll. Jene Kreise, die sich sonst so gern national gebärden, importieren die «amerikanische Lebensweise", durch die viele kulturelle Werte unseres Volkes einschließlich des christlichen Humanismus verdrängt und entwertet werden.

Jetzt, da das «Wirtschaftswunder" zu Ende ist und die westdeutsche Wirtschaft durch ernste Krisenerscheinungen beeinträchtigt wird, greifen die großen Unternehmer und ihre Regierung zu Wirtschaftsermächtigungsgesetzen, um sich das Geld der Länder und Kommunen für ihre Profite und für die Bonner Rüstungskasse zu sichern. Die von der CDU angestrebte Finanzreform soll die Reichen noch reicher machen und die bescheidenen Reserven des einfachen Mannes weiter dahinschmelzen lassen. Die Rüstungskonzerne und ihr Gefolge üben die Allmacht im Staate aus. Allein anbetungswürdig bleibt der Profit. Er baut sich auf, indem die sozialen Rechte der Werktätigen, die ihn durch ihre Arbeit hervorbringen, abgebaut werden. Opfer dieser sozialreaktionären Politik sind nicht nur die Arbeiter und Angestellten, sondern auch viele Bauern, Angehörige des Mittelstandes, Gewerbetreibende und Unternehmer.

Mögen sich die christlichen Werktätigen, die Anhänger der CDU und CSU, daran erinnern, daß an der Wiege der westdeutschen CDU ein